

Vertragsbedingungen

„Entsorgungsleistungen inkl. Sperrmüll“

VergabeNr. #26-074, Lose 1-5

(Zum Verbleib beim Bieter bestimmt, nicht mit dem Angebot zurückgeben)

Inhaltsverzeichnis

1.	Allgemeines	1
2.	Vertragsgegenstand	1
3.	Erfüllungsort	2
4.	Vergütung und Preise	2
5.	Preisanpassung (Indexierung)	2
6.	Tariftreue	2
7.	Ausführung der Leistung	2
8.	Ausführungsfristen	3
9.	Änderungen der Leistung	3
10.	Einsatz von Unterauftragnehmern (andere Unternehmer)	3
11.	Datenschutz	3
12.	Verpflichtungsausschluss, Haftung und Pflichtverletzung	3
13.	Betriebshaftpflichtversicherung	4
14.	Vertragsbestandteile	4
15.	Sonstige Bestimmungen und salvatorische Klausel	4

1. Allgemeines

- (1) Die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Versand der Vergabeunterlagen geltenden Fassung sind Vertragsbestandteil. Diese stehen unter <http://www.bmwi.de> zur Einsichtnahme bereit.
- (2) Allgemeine Geschäftsbedingungen (AGB) des Auftragnehmers gelten nur, soweit sie den Bedingungen der Auftraggeberin nicht widersprechen. Beinhaltende sie – ggf. nach Auslegung – eine Änderung der Vergabeunterlagen, führt das zum Angebotsausschluss (§ 42 Abs. 1 Nr. 4 UVgO bzw. § 57 Abs. 1 Nr. 4 VgV).

2. Vertragsgegenstand

Vertragsgegenstand ist die Erbringung von Entsorgungsleistungen inkl. Sperrmüll am Standort Hühnerposten 1 sowie Abrufentsorgung von Sperrmüll bei den Stadtteilbibliotheken. Der Auftragnehmer¹ (AN) übernimmt einen oder mehrere Teile (Lose) des genannten Gesamtauftrages entsprechen dem Zuschlagsschreiben aus dem zugehörigen Vergabeverfahren.

Einzelheiten ergeben sich aus den losbezogenen Leistungsbeschreibungen sowie deren Anlagen, die Vertragsbestandteil werden.

¹ wir beziehen uns in diesem Text auf „das Unternehmen“ als Anbieter bzw. Auftragnehmer, so dass männliche/sächliche Substantive verwendet werden und auf gegenderte Formulierungen verzichtet werden kann.

3. Erfüllungsort

Ort der Leistungserbringung (Erfüllungsort) sind die Standorte der AG entsprechend den Leistungsbeschreibungen.

4. Vergütung und Preise

- (1) Alle Leistungen werden nach tatsächlich erbrachter Leistung abgerechnet. Alle Preise sind als Nettopreise zu kalkulieren, die Mehrwertsteuer ist mit dem gültigen Prozentsatz gesondert auszuweisen und erst in der Gesamtsumme dieses Gewerkes zu erfassen.
- (2) Die Vergütung erfolgt auf der Grundlage des beauftragten Angebots des AN im Vergabeverfahren.
- (3) Die Vergütung wird nach Vorlage einer ordnungsgemäßen Rechnung (unter Angabe der Bankverbindung) fällig. Die Rechnungsadresse lautet:

Stiftung Hamburger Öffentliche Bücherhallen, Hühnerposten 1, 20097 Hamburg

Die Auftraggeberin bevorzugt den Rechnungseingang per E-Mail an registratur@buecherhallen.de.

- (1) Kommt der AN seinen Pflichten zur Vorlage von Unterlagen bzw. Nachweisen nicht vollständig nach, ist die AG berechtigt, je fehlender Unterlage – auch für vom AN eingesetzte Nachunternehmer – einen Betrag von 50% der Abrechnungssumme einzubehalten.
- (2) Sollte ein Skonto angeboten werden, muss das Zahlungsziel mind. 10 Werktage, bzw. 14 Tage nach Eingang der Rechnung bei der Auftraggeberin betragen.
- (3) Mit der Zahlung der genannten Vergütung sind sämtliche Ansprüche des AN gegen die AG aus diesem Vertrag abgegolten, einschließlich aller Nebenleistungen. Es sei denn, dass der AN binnen zwei Wochen nach Eingang der Vergütung einen Vorbehalt erklärt. Im Weiteren gelten die Regelungen des § 17 VOL/B.

5. Preisanpassung (Indexierung und Korrekturen)

- (1) Eine jährliche Anpassung der Vergütung durch den AN ist möglich. Grundlage hierfür ist der vom Statistischen Bundesamt veröffentlichte Verbraucherpreisindex (VPI) für Deutschland. Ausgangsbasis für die Indexierung ist der Indexstand vom August 2026. Die Anpassung kann einmal jährlich jeweils zum August entsprechend der prozentualen Veränderung des VPI gegenüber dem Basiswert erfolgen. Eine Anpassung der Vergütung erfolgt in gleichem prozentualen Umfang und ist dem AG kalkulatorisch und schriftlich anzukündigen und zu belegen.
- (2) Für die **Lose 2 und 3** war im Vergabeverfahren eine Ortsbesichtigung empfohlen worden. Dies liegt an der ungewöhnlichen Konstruktion der alten Rampe, die nur von geeigneten Fahrzeugen unter besonderem Einsatz von Sicherungsmaßnahmen nutzbar ist. Mehrkosten, die entstehen, weil der AN auf eine Ortsbesichtigung verzichtet hat und daher die Situation in seinem Angebot nicht realistisch kalkulieren konnte, trägt der AN selbst.

6. Tariftreue

Der AN garantiert die Einhaltung des anwendbaren Mindestlohns sowie der Vorgaben zu (an den jeweiligen Branchentarifverträgen orientierten) Entgelten und Arbeitsbedingungen. Der AN stellt die AG von einer evtl. Haftung frei.

7. Ausführung der Leistung

Üblicherweise stehen die Gegenstände unzerlegt zur Abholung bereit, der Auftragnehmer muss diese bei Bedarf selbst zerlegen. Die Verweigerung der Abholung von Gegenständen, die nicht zerlegt sind ist nicht zulässig.

8. Ausführungsfristen

- (1) Wenn in der Leistungsbeschreibung eines Loses Termine für die Abholung genannt werden, sind diese verpflichtend. Ansonsten stimmen die Vertragsparteien die Termine für die Abholung bei Abruf der Leistung miteinander ab.
- (2) Für **Los 5** gilt: Die Abholung von Sperrmüll bei den Stadtteilbibliotheken muss innerhalb von fünf (5) Werktagen nach Bestellung erfolgen. Den genauen Termin stimmen die Vertragsparteien bei der Bestellung ab.

9. Änderungen der Leistung

Beansprucht der AN bei Leistungsänderungen oder anderen Anordnungen der AG eine höhere Vergütung, muss er das unverzüglich vor der Ausführung, möglichst der Höhe nach, in Textform anzeigen. Die Vorschriften des § 132 GWB bzw. des § 47 UVgO bleiben unberührt.

10. Einsatz von Unterauftragnehmern (andere Unternehmer)

- (1) Der AN darf Leistungen nur an Unterauftragnehmer übertragen, die geeignet im Sinne der §§ 122 und 128 GWB sind.
- (2) Der AN hat vor der beabsichtigten Übertragung Art und Umfang der Leistungen sowie Name und Anschrift des hierfür vorgesehenen Unterauftragnehmers in Textform bekannt zu geben.
- (3) Sollen Leistungen, die Unterauftragnehmern übertragen sind, weiter vergeben werden, ist dies der AG vor der beabsichtigten Übertragung in Textform bekannt zu geben; Absätze (1) und (2) gelten entsprechend.

11. Datenschutz

Der AN hält sich bei seiner Geschäftstätigkeit an die gesetzlichen Anforderungen des europäischen und deutschen Datenschutzrechts. Auch die zur Sicherung und zum Schutz von personenbezogenen Daten und von Sozialdaten ergriffenen technischen und organisatorischen Maßnahmen sind nach den gesetzlichen Anforderungen geregelt. Zudem werden mögliche branchenspezifischen Richtlinien zum Datenschutz verbindlich eingehalten.

12. Verpflichtungsausschluss, Haftung und Pflichtverletzung

- (1) Die AG darf Dritten gegenüber nicht verpflichtet werden.
- (2) Die AG haftet für Schäden, die der AN in Zusammenhang mit der Leistungserbringung erleidet, nur, wenn diese Schäden auf grob fahrlässigem bzw. vorsätzlichem Verhalten der AG beruhen. Bei einer Verletzung von Leben, Körper oder Gesundheit gelten die gesetzlichen Bestimmungen.
- (3) Die Vertragsparteien haften nicht für Schäden, die darauf beruhen, dass ihnen die Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten unmöglich oder verzögert wird, wenn die Situation
 1. außerhalb der angemessenen Kontrolle beider Vertragsparteien liegt,
 2. die Erfüllung des Vertrages unzumutbar macht und
 3. vernünftigerweise nicht vorhersehbar oder nicht vermeidbar war (höhere Gewalt).

Dieser Haftungsausschluss betrifft nicht die Unmöglichkeit oder Verzögerung der Leistungserbringung, die auf allgemeinen wirtschaftlichen Situationen oder anderen individuellen Umständen beruht.

- (4) Hat die AG einem Erfüllungsgehilfen des AN gesetzlichen Schadensersatz zu leisten, steht ihr der Rückgriff gegen den AN zu, soweit der Schaden durch den AN oder seine Erfüllungsgehilfen schuldhaft verursacht wurde. Hat ein Verschulden der AG oder ihrer Erfüllungsgehilfen mitgewirkt, ist § 254 BGB entsprechend anwendbar.

13. Betriebshaftpflichtversicherung

Der Auftragnehmer hat für alle Lose eine ausreichende Haftpflichtversicherung abzuschließen, die folgende Mindestdeckungssummen enthalten muss:

- a. Deckungssumme für Personen- und Umweltschäden: EUR 3.000.000,00
- b. Deckungssumme für Sach- und Vermögensschäden: EUR 200.000,00

14. Vertragsbestandteile

Als Vertragsbestandteile gelten

- 1. dieses Dokument
- 2. die Leistungsbeschreibung für das jeweilige Los der AG mit allen darin genannten Anlagen
- 3. die Besonderen Ausführungsbedingungen enthalten in der Leistungsbeschreibung
- 4. das Angebot des AN für das jeweilige Los (soweit es nicht diesen Vertragsbedingungen oder der Leistungsbeschreibung widerspricht)
- 5. die Allgemeinen Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B) in der bei Versand der Vergabeunterlagen geltenden Fassung (steht unter <http://www.bmwi.de> zur Einsichtnahme bereit)

15. Sonstige Bestimmungen und salvatorische Klausel

- (1) Dieser Vertrag unterliegt dem Hamburgischen Transparenzgesetz (HmbTG) in der jeweils geltenden Fassung. Bei Vorliegen der gesetzlichen Voraussetzungen wird er von der AG nach Maßgabe der Vorschriften des HmbTG im Informationsregister (Transparenzportal) veröffentlicht. Unabhängig von einer möglichen Veröffentlichung kann der Vertrag Gegenstand von Auskunftsanträgen nach dem HmbTG sein.
- (2) Anderweitige Bedingungen wie Liefer-, Zahlungs- und Geschäftsbedingungen des AN werden nur dann Vertragsbestandteil, soweit sie diesen Bedingungen nicht widersprechen (Abwehrklausel).
- (3) Die Abtretung einer Forderung an Dritte aus diesem Vertrag an Dritte ist grundsätzlich ausgeschlossen und nur nach vorheriger Zustimmung im Ausnahmefall möglich.
- (4) Stillschweigende, mündliche oder schriftliche Nebenabreden zu diesem Vertrag wurden nicht getroffen. Änderungen oder Ergänzungen sind nur wirksam, wenn sie schriftlich vereinbart werden. Dies gilt auch für eine Änderung dieser Schriftformklausel.
- (5) Der Vertrag unterliegt dem Recht der Bundesrepublik Deutschland unter Ausschluss des UN-Kaufrechts. Gerichtsstand ist Hamburg.
- (6) Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein, wird die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon nicht berührt. Die Parteien werden anstelle einer unwirksamen Bestimmung eine dieser Bestimmung möglichst nahekommende wirksame Regelung treffen. Entsprechendes gilt für etwaige Regelungslücken des Vertrages.

Nach oben

- Ende -